

Bündnis für Arbeit und Umwelt

Einleitung zum Schwerpunkt

von Uta M. Biermann

und Reinhold Rünker

Dynamik der Produktivkraftentwicklung einstellen wollte. Die Verbindung von „Ökologie“ und „Arbeit“ mündete Ende 1989 im Berliner Grundsatzprogramm in der Forderung nach einer Politik sozial und ökologisch ausgewählter Wachstumsfelder, verbunden mit der zeitgenössischen Technikskepsis.

Damit befand sich die Sozialdemokratie programmatisch durchaus auf der Höhe der Zeit und bereitete auch machtpolitisch rot-grüne Regierungskonstellationen vor. Doch es sollte noch acht Jahre dauern, bis SPD und Grüne die Bundesregierung stellten. Und in der Einigungs- und Börseneuphorie spielte das Bündnis aus Arbeit und Umwelt eine nur noch untergeordnete Rolle. Ökosteuer und Atomausstieg blieben als Leuchttürme ohne Strahlkraft in der öffentlichen Debatte. Der Um- und Abbau des Sozialstaats, Börsencrash und finanzgetriebener Kapitalismus, Massenarbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche dominierten ab 2000 die politische Auseinandersetzung. Wer sich weiterhin für eine ökologisch und sozial nachhaltige Politik einsetzte, wurde belächelt. Wer dazu auch noch auf den Staat als Akteur setzte, wurde als nur noch begrenzt politisch ernst zu nehmen betrachtet.



Foto: www.fotolia.de

» » „Zwei Probleme haben sich in den letzten Jahren in bedrückender Weise verschärft: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die rasante Umweltzerstörung. Jahrelang war das Funktionieren der privatwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Vermehrung des Wohlstands oberste Maxime letztlich auch sozialdemokratischen Handelns.“ Das Zitat von Michael Müller, in dem er den SPD-Vorschlag für ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ vorstellt, stammt aus dem ersten Schwerpunkt, den spw zum Thema „Ökologie“ gemacht hat. Es war März 1986 und die Atomkatastrophe von Tschernobyl stand noch bevor. Die SPD befand sich im vierten Jahr der Opposition auf Bundesebene und hatte begonnen, eine Grundsatzprogrammdebatte zu führen, mit der sie sich auf die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, v.a. die Bedeutung der sozialen Bewegungen, und die

□ Der Klimawandel verdeutlicht ökologische Grenzen

» » Die Realität verändert die Debatte. Aus wissenschaftlichen Voraussagen wird Gewissheit. Die Herausforderung Klimawandel hat die Politik unmissverständlich erreicht: der drohende Wandel des Klimas erfordert neue politische Konzepte und einen Umbau der Industriegesellschaften. Die SPD kann sich zugute halten, dass sie schon seit den 1980er Jahren, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und politischen Konsequenzen, mit dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft beschäftigt hat. Für sie bestand die Herausforderung immer darin, Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken. In Phasen wirtschaftspolitischer Wachstumsschwächen und wachsender Arbeitslosigkeit trat der Gedanke einer auch ökologisch nachhaltigen Wirt-

schaftsweise in den Hintergrund. Gleichzeitig nahmen auch die SPD die in den 1990er Jahren vorherrschende neoliberale Vorstellung auf, dass Markthandeln dem Vorrang gegenüber staatlichen Regelungen einzuräumen sei.

Auch hier hat der Klimawandel drastisch vor Augen geführt, dass Märkte nicht in der Lage sind, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Der „Erwartungshorizont“ der Marktakteure ist eben nicht auf langfristige Ziele ausgerichtet, sondern auf die möglichst unmittelbare Verwertung des eingesetzten Kapitals – ohne Rücksicht auf die Folgen. Dies ruft zweifellos den Staat wieder auf den Plan, soweit er im globalen Maßstab noch die Möglichkeiten besitzt, regulierend in das Marktgeschehen einzugreifen.

□ Ökologische Industriepolitik

» Neben der Ökologie hat auch die Industriepolitik wieder an Reputation gewonnen. In dem Maße, wie erkannt wurde und wird, dass der Markt für sich genommen weder eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur in Regionen und Ländern – und damit verlässliche Staatseinnahmen –, noch auskömmliche Arbeit für die Beschäftigten – die wiederum Steuern und Sozialabgaben zahlen – sicherstellt, wird auch hier staatliches Handeln im Sinne einer gezielten Industriepolitik gefordert. Mit dem Angebot eines „New deal“ für Umwelt, Innovation und Beschäftigung werden in der Sozialdemokratie nun drei zentrale Ziele einer zukunftsfähigen Ökonomie zusammengedacht. Wenn wir Bildung und Qualifikation mit einer konsequenten Orientierung auf die ökologischen Märkte der Zukunft und einem sozial gerechten Umbau unseres Wirtschaftens verbinden, können wir den Herausforderungen des Klimawandels erfolgreich begegnen. Und damit ein Bündnis für Arbeit und Umwelt für das 21. Jahrhundert erneuern. Dies wird in den Beiträgen deutlich, die wir in diesem Heftschwerpunkt versammelt haben. Matthias Machnig, in den ausgehenden 1980er Jahren an der spw-Debatte um den „Staat als Pionier“ („53-Thesen“) beteiligt,

plädiert heute als Staatssekretär im Bundesumweltministerium energisch für die Widergewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit im Feld der ökologischen Industriepolitik. In dem Interview, das wir mit ihm geführt haben, fordert er nicht weniger als die Einleitung einer „dritten industriellen Revolution“.

Welche technischen Herausforderungen heute schon in Angriff genommen werden und welche Bedeutung dies für ein stark exportorientiertes Land wie Deutschland hat, zeigen Richard Müller und René Röspel in ihrem Beitrag. Svenja Schulze skizziert Eckpunkte einer ökologischen Industriepolitik für das klassische Industrieland in Deutschland – Nordrhein-Westfalen. Marco Bülow und Gregor Czisch befassen sich exemplarisch mit energiepolitischen Aspekten: Bülow, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, macht deutlich, warum den Einflüsterungen der Atomlobby nicht zu glauben ist. Czisch, der sich an der Universität Kassel mit Problemen der globalen Energieversorgung beschäftigt, wirft die Frage auf, ob eine dezentrale Versorgungsstrategie wirklich sinnvoller ist als eine zentral gesteuerte Struktur. Dietmar Hexel vom DGB-Bundesvorstand weist auf die Wachstumspotenziale v.a. im Energiesektor für Arbeit und Beschäftigung hin.

□ Fazit

» Wir stehen vor der gewaltigen Herausforderung, Ökonomie und Ökologie dauerhaft miteinander zu versöhnen. Klar ist: ein Missachten des ökologisch Notwendigen wird auch zur wirtschaftlichen Erfolglosigkeit führen. Eine konsequente ökologische Industriepolitik legt die Grundlage dafür, dass durch Innovationen für die Märkte der Zukunft neue Beschäftigung entsteht. Insofern gehören ökologische Erneuerung und gute Arbeit zusammen. ■

☞ Dr. Uta M. Biermann arbeitet als Referentin beim SPD-Parteivorstand, sie lebt in Berlin.

☞ Reinhold Rünker, Historiker, ist spw-Chefredakteur und lebt in Leichlingen.